

«Israel treibt auf den Abgrund zu»

ZÜRICH. Die Veränderungen in der arabischen Welt sind in Israel mit Zurückhaltung aufgenommen worden. Moshe Zuckermann, Professor an der Uni Tel Aviv, äussert sich zu den Auswirkungen des arabischen Frühlings auf Israel und den Nahostkonflikt.

INTERVIEW: PHILIPP HUFSCHMID

Die arabische Welt befindet sich im Umbruch. Die Autokraten in Tunesien und Ägypten wurden vertrieben. In Libyen und Jemen scheint der Abgang der Machthaber nur noch eine Frage der Zeit. Wie denkt die israelische Bevölkerung über diese Entwicklungen?

Moshe Zuckermann: Die Reaktion in der Bevölkerung war sehr israelozentrisch. Man hat sich primär gefragt, was das bedeutet für Israel. Mubarak war der Garant für den wackligen Frieden zwischen Israel und Ägypten. Auch Vater und Sohn Assad haben dafür gesorgt, dass es an der Grenze zu Syrien ruhig blieb. Das war und ist für Israel das entscheidende Kriterium und nicht, ob die arabischen Machthaber autokratisch oder diktatorisch regiert haben. Man muss aber auch sehen, dass beispielsweise durch die Absetzung Mubaraks in Ägypten zurzeit noch nicht viel gewonnen ist. Für einen echten Wandel in Ägypten braucht es eine tiefgreifende Veränderung der wirtschaftlichen und sozialen Strukturen. Es wird sich erst noch erweisen müssen, ob die Armee und die Eliten eine Teilhabe breiter Bevölkerungsschichten zulassen.

Die Menschen haben also ähnlich reagiert wie die israelische Regierung, die vor allem darüber besorgt schien, dass das Machtgefüge im Nahen Osten instabiler geworden ist?

Ich würde das eher umdrehen. Die Menschen haben wie sehr oft so reagiert wie die Regierung. Deren Hauptsorge ist, dass es an den Grenzen ruhig bleibt. Als Folge der Umwälzungen in Ägypten oder Syrien könnte es zu Spannungen kommen. Allerdings glaube ich nicht, dass es zu einem neuen Krieg kommt.

Liegt es nicht im Interesse Israels, wenn es auch in der arabischen Welt zu einem demokratischen Aufbruch wie etwa in Ägypten kommt?

Objektiv gesehen stimmt das. Aber Israel hat bisher politisches Kapital daraus geschlagen, die einzige (formale) Demokratie im Nahen Osten zu sein. Wenn jetzt auch Ägypten demokratisch würde, fiel dieses Kapital weg. Die Israelis sind nicht per se an einer Entwicklung der arabischen Welt interessiert. Es gibt zwar den Ausspruch eines «neuen Nahen Ostens» von Schi-



Jüdische Siedler auf der Westbank. Moshe Zuckermann glaubt nicht, dass die Israelis bald Land an Palästina abtreten. Bild: key

mon Peres, den er noch zu Jitzchak Rabins Zeiten in der Folge des Oslo-Prozesses propagierte. Aber die Israelis sind gegenüber den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen in der arabischen Welt weitgehend indifferent. Bei den Beziehungen zu den Nachbarländern geht es ihnen primär um die Frage nach Krieg oder Frieden beziehungsweise Sicherheit. Ob es im Interesse Israels liegt, wenn die arabische Welt demokratisch wird, ist, vom israelischen Standpunkt aus betrachtet, nicht absehbar. Denn die radikal-islamische Hamas ist ja auch demokratisch gewählt worden.

Syrien spielt mit seinen guten Beziehungen zum Iran und zur libanesischen Hisbollah eine Schlüsselrolle im Nahostkonflikt. Was würde das Ende des Assad-Regimes für Israel bedeuten?

Der Zusammenbruch des Assad-Regimes – bisher ein Garant dafür, dass es nicht zu einem Krieg mit Syrien kam – würde mit Sicherheit Unruhe bringen. Was danach käme, ist sehr schwierig abzuschätzen. Eine Möglichkeit wäre, dass sich Syrien noch stärker der Türkei und dem Iran zuwendet, um so ein Gegenpol zu den USA und Europa bilden zu können. Ich wünsche mir aber dennoch, dass es in Syrien zu einem Wandel kommt. Denn ich glaube schon, dass eine Demokratisierung des Nahen Ostens letztendlich zu einem ganz anderen politischen Umgang in der Region führen wird, sodass Konflikte dereinst nur noch diplomatisch ausgefochten werden.

Sind die Umwälzungen in der Region auch der Grund für den Aussöhnungsversuch zwischen Fatah und Hamas?

Ja, das ist der primäre Auslöser. Aber es gibt auch andere Gründe. Die Verzweiflung darüber, dass seit dem Amtsantritt von US-Präsident Barack Obama vor anderthalb Jahren alle Versuche für eine Wiederaufnah-

me des Friedensprozesses gescheitert sind, hat dazu geführt, dass die Palästinenser im Herbst einen unabhängigen Staat Palästina ausrufen wollen. Das können sie aber nur, wenn Fatah und Hamas zur Zusammenarbeit zurückfinden. Der Streit zwischen den Palästinensergruppen war genau das, was unter anderem der frühere Premierminister Ariel Scharon bewirken wollte: divide et impera – teile und herrsche.

«Die Israelis sind gegenüber den Verhältnissen in der arabischen Welt weitgehend indifferent»

Im Moment ist dieses Prinzip wirksam und die israelische Regierung kann mit vorgeblichem Recht fragen, mit wem denn überhaupt verhandelt werden soll, wo doch niemand für die Gesamtheit der Palästinenser sprechen kann. Die Palästinenser scheinen begriffen zu haben, dass sie nur dann etwas erreichen können, wenn sie wieder zu einanderfinden.

Gibt es auch in den Palästinensergebieten eine junge Demokratiebewegung nach tunesischem oder ägyptischem Vorbild?

Es gibt eine neue Generation, die sich eine Veränderung wünscht. Aber sowohl die Fatah als auch die Hamas können diesen jungen Menschen entgegenhalten, dass sie ja im Grunde nicht gegen die eigene Obrigkeit kämpfen sondern gegen eine Besatzungsmacht. Mit dem Verweis auf den äusseren Feind, können Hamas und Fatah auch jene Kräfte auf die eigenen Ziele einschwören, die eigentlich etwas anderes wollen. Auch in Israel wurden über Jahre kulturelle oder soziale Kämpfe immer wieder neutralisiert mit dem Verweis auf eine äussere Bedrohung.

Verleihen der Wandel in der arabischen Welt und der Aussöhnungsversuch zwischen den Palästinensern Friedensverhandlungen neuen Schub?

Die derzeitige israelische Koalitionsregierung scheint mir an allem interessiert, nur nicht am Vorantreiben des Friedensprozesses. Da kann Premier Benjamin Netanjahu noch so viele Lippenbekenntnisse ablegen: Sobald er sich auf ernsthafte Verhandlungen einlässt, also auch die Rückgabe von Land in Betracht zieht, wird seine Koalition innerhalb von weniger als 24 Stunden auseinanderbrechen. Das würde auch die jüngste Konfrontation mit Obama erklären. Dessen Forderung, Israel müsse sich auf die Grenzen von 1967 zurückziehen beziehungsweise entsprechend Land abtauschen, ist für die derzeitige Regierung Netanjahu unannehmbar.

Sind denn die Palästinenser überhaupt zu neuen Verhandlungen bereit?

Ich glaube ja, wenn sich Fatah und Hamas auf eine gemeinsame Führung einigen können. Allerdings auf der Basis der vier Oslo-Bedingungen: Rückzug Israels auf die Grenzen von 1967 mit entsprechendem Landabtausch, Abbau von Siedlungen, Anerkennung Ostjerusalems als Hauptstadt eines unabhängigen Palästinas und eine zumindest symbolische Anerkennung des Rückkehrrechts der Palästinenser.

Wie müsste denn eine israelische Regierung aussehen, die zu Friedensverhandlungen bereit wäre?

Die Frage ist primär, welche Parteien überhaupt noch fähig sind, in diesem Sinn eine Koalition zu bilden. Die Arbeitspartei hat sich mehr oder weniger in Belanglosigkeit aufgelöst. Die Meretz-Partei spielt ebenfalls kaum mehr eine Rolle. Die zionistische Linke ist im Parlament kein Faktor mehr. Bleibt die Kadima-Partei: Doch selbst wenn sie mit allen liberalen bezie-

hungsweise linksliberalen Parteien zusammenspannen würde, sehe ich nicht, dass sie eine Mehrheit im Parlament erringen könnte.

Zu Zeiten Rabins schien es, als sei ein grosser Teil der Bevölkerung Israels bereit, mit den Palästinensern Frieden zu schliessen. Hat sich das geändert?

Der grosse Wendepunkt war der Zusammenbruch des Oslo-Prozesses im Jahr 2000 und die damit einhergehende zweite Intifada, die ungleich gewalttätiger war als die erste von 1987/88. Das hat zum Zusammenbruch der gesamten zionistischen Linken geführt. Ein Grossteil dieser Linken hat damals den Glauben an die Möglichkeit eines Friedens verloren. Man hat sich mit der Lethargie als politischer Kultur abgefunden. Israel praktiziert eine Vogel-Strauss-Politik: Man verdrängt, worauf man sich objektiv gesehen zubewegt, nämlich dass entweder Israel der Frieden von aussen aufoktroziert wird, was zu einem Bürgerkrieg führen könnte, oder dass die jüdischen Israelis durch die demografische Entwicklung zu einer Minderheit im eigenen Land werden. Es herrscht eine politische Stagnation, die ich für katastrophal halte. Israel treibt auf den Abgrund zu, wenn es nicht bald zu einer Veränderung kommt.

In Umfragen ist jeweils eine Mehrheit der Israelis dazu bereit, für Frieden mit den Palästinensern Land zurückzugeben. Zugleich wählen sie aber eine Regierung, die keinen Frieden will. Wie passt das zusammen?

Man darf sich von diesen Umfragen nicht täuschen lassen. Denn diese Mehrheiten sind sich nicht bewusst, was bei einer Landrückgabe passieren würde. Ein harter Kern der Siedler würde sich dagegen wehren, der Staat müsste sein Gewaltmonopol durchsetzen, und es käme zu Toten. Dann würden alle nur sehr notdürftig vernähten Risse in der israelischen Gesellschaft aufbrechen.

Was meinen Sie, wenn Sie von Rissen in der israelischen Gesellschaft sprechen?

Das Problem des Verhältnisses zwischen Staat und Religion, zwischen aschkenasischen und sephardischen Juden, zwischen Juden und israelischen Arabern und das Problem der demografischen Veränderung durch die Einwanderung von einer Million Menschen aus der ehemaligen Sowjetunion, für die Zionismus bedeutungslos ist, jedenfalls für die meisten unter ihnen. Diese Probleme müsste man angehen, was man aber nicht tut, so lange die äussere Bedrohung durch die Palästinenser besteht und ausgespielt wird. Es gibt in Israel den witzigen Spruch «Was passiert denn, wenn der Frieden ausbricht?». Doch der Spruch

«Die zionistische Linke ist heute im israelischen Parlament kein Faktor mehr»

hat einen ernsten Kern, denn im Frieden würden alle die genannten Probleme aufbrechen. Die israelische Gesellschaft ist heute zerrissener denn je.

Glauben Sie noch an einen Frieden?

In Anlehnung an Theodor Herzl, den Begründer des Zionismus, sage ich: Wenn man will, kann man den Frieden erlangen. Wenn man keinen Frieden will, muss man sich zumindest im Klaren sein, was die Folgen sind. Mich bedrückt, dass die Menschen sich keine Rechenschaft abgeben über den Preis, den man für einen Nicht-Frieden bezahlt. Optimistisch stimme ich, dass die Israelis nicht zum Suizid neigen. Ich gehe also davon aus, die sie irgendwann zur Besinnung kommen.

ZUR PERSON

Moshe Zuckermann
Professor für Geschichte und Philosophie an der Universität Tel Aviv.



Moshe Zuckermann wurde 1949 als Sohn polnisch-jüdischer Schoah-Überlebender in Tel Aviv geboren. An der Universität Tel Aviv studierte er Soziologie, Politologie, Philosophie und Geschichte. Seit 1990 ist er Professor für Geschichte und Philosophie am Cohn Institute for the History and Philosophy of Science and Ideas der Universität Tel Aviv. 2009 erschien sein Buch «Sechzig Jahre Israel. Die Genesis einer politischen Krise des Zionismus». Moshe Zuckermann hat kürzlich an zwei vom Schweizer Freundeskreis von Givat Haviva organisierten Podiumsdiskussionen in Zürich und Basel teilgenommen. (phh)